

Petition gegen weitere «Abtreibungsrekorde»

Schwangeren in Not helfen!

von Matthias Schächli, Geschäftsführer 1000plus Schweiz

Die neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik sind erschütternd: 12'045 Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2023 – ein erschreckender Rekord. Seit der Einführung der Fristenregelung im Jahr 2002 wurden bis heute insgesamt 250'294 Abtreibungen in der Schweiz offiziell registriert.



Diese Zahlen sind weit mehr als blosser Statistik; sie dürfen uns nicht kaltlassen. Hinter ihnen verbergen sich die Geschichten von Zehntausender Frauen, die in Momenten der Verzweiflung keine andere Möglichkeit sahen, als sich für eine Abtreibung zu entscheiden. Oft fühlten sie sich von ihrem Umfeld im Stich gelassen, ohne die notwendige Unterstützung oder Perspektive, die ihnen ein «Ja» zu ihrem Kind ermöglicht hätte.

Deshalb haben wir eine Petition an die Bundesversammlung lanciert. Ihr Titel ist Programm: Keine weiteren «Abtreibungsrekorde»: Schwangeren in Not helfen! Wir fordern, dass der traurige Rekord gestoppt wird und dass stattdessen echte Perspektiven für Schwangere in Not geschaffen werden. Ausserdem sollen steuergeldfinanzierte Beratungsstellen überprüft werden, da viele Frauen dort offensichtlich keine tragfähigen Alternativen aufgezeigt bekommen.

Thema brennt auf der Seele

Die Reaktionen auf unsere Petition zeigen, wie sehr das Thema vielen Menschen auf der Seele brennt: Bereits über 2'500 Personen haben unterschrieben, darunter zahlreiche politische Persönlichkeiten, insbesondere aus der SVP und der EDU – etwa die Nationalräte Lukas Reimann, Jean-Luc Addor, Thomas Burgherr, Thomas Stettler, Nicolas Kolly, Christoph Riner (alle SVP), ebenso Andreas Gafner und Erich Vontobel (beide EDU). Auch Stimmen aus der jungen Generation, wie Nils Fiechter (Präsident Junge SVP) oder Timmy Frischknecht (Präsident Junge EDU) stehen hinter dem Anliegen.

Mangels Alternativen

Entgegen dem gängigen Narrativ entscheiden sich viele Frauen nicht aus innerer Überzeugung sondern aus Mangel an Alternativen für eine Abtreibung. Unsere tägliche Erfahrung mit Schwangeren in Not zeigt: Keine Frau, die sich an uns wendet, wünscht sich eine Abtreibung. Vielmehr fühlen sie sich von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, «vernünftig» zu sein und abzutreiben. Sie bekommen bei offiziellen Stellen vor allem Informationen über den Ablauf einer Abtreibung – aber kaum Unterstützung für ein Leben mit Kind. Sie hören

oft, dass ein Kind in ihrer Situation «wirklich nicht zu schaffen» sei und werden damit in ihren Zweifeln noch bestärkt. Niemand fragt nach den genauen Hintergründen oder danach, wonach sie sich eigentlich sehnen und was sie in ihrer Not brauchen.

Genau hier liegt das eigentliche Problem: Frauen werden in dieser existenziellen Krise mit dem vermeintlich einzigen «Lösungsweg» Abtreibung konfrontiert. Sie glauben, keine andere Wahl zu haben, weil sie über Alternativen kaum informiert werden. Sie wissen nicht, welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt. Sie wissen nicht, welche Rechte sie haben und wie sie Beziehungskonflikte lösen können. Sie wissen nicht, dass es machbar sein könnte und niemand macht ihnen Mut.

Falsches gesellschaftliche Klima

Die Folge ist ein gesellschaftliches Klima, in dem Abtreibung als selbstverständlich gilt, während Mutterschaft als Belastung erscheint. Wir müssen dieser Entwicklung etwas entgegensetzen. Kinder müssen wieder als Reichtum gelten – nicht als Risiko. Mutterschaft muss als wertvolle Aufgabe geschätzt werden – nicht als Karrierehindernis. Und Abtreibung darf nicht als Fortschritt oder Frauenrecht gefeiert werden, sondern muss als das benannt werden, was sie ist: ein Ausdruck gesellschaftlichen Versagens.

Es ist höchste Zeit, dass die Politik handelt – damit Frauen nicht länger aus Angst, Scham oder Perspektivlosigkeit eine Entscheidung treffen müssen, die sie nie gewollt haben.

Matthias Schächli

Unterzeichnen Sie die Petition bitte unter:

www.1000plus.ch/petition

Die Sammelfrist dauert bis am 2. Juni 2025, dem Beginn der Sommersession des Parlaments. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Churz & Bündig

Bundesrat Beat Jans predigt medienbeweihräuchert, dass der Islam «zu uns gehöre». Ob dieser Willkomm-Gruss auch der im Islam häufig zur Anwendung gelangenden Todesstrafe gilt?

us